

Fragebogen

Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Verordnung über den elektronischen Ver- kehr in Verfahren vor Verwaltungsbehörden (VeV-VVb)

vom 4. März bis 11. Juni 2021

Bitte **bis 11. Juni 2021** per E-Mail einsenden an: vernehmlassungen.jsdds@lu.ch

Eingereicht von:

Name/Organisation	SVP Kanton Luzern
Kontaktperson	Remo Schranz
Adresse	Sekretariat
PLZ Ort	6000 Luzern
Telefon	041 250 67 67
E-Mail	sekretariat@svplu.ch
Ort und Datum	Luzern, 11. Juni 2021

I. Allgemeines

Ist der Entwurf verständlich und sind Normgehalt und -dichte angemessen?

☐ Ja

☒ Nein, nämlich: Der Entwurf der Verordnung scheint uns eher schwer verständlich. Da die Verordnung nur für Personen greift, die ein Bedürfnis für den elektronischen Verkehr haben, kann von diesem Personenkreis eine gewisse Affinität erwartet werden. Für diesen Personenkreis scheint uns der Entwurf angemessen verständlich.

II. Die Bestimmungen im Einzelnen

1. Gegenstand und Geltungsbereich (§ 1)

Sind Sie mit der Umschreibung des Geltungsbereichs, namentlich der Kompetenz der anderen Gemeinwesen als des Kantons, den elektronischen Verkehr im Sinn der Bestimmungen des VRG zuzulassen, einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

2. Zustellplattform für den elektronischen Verkehr (§ 2)

Sind Sie mit der Regelung über die Anerkennung von sicheren Zustellplattformen für den elektronischen Verkehr einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

3. Anerkannte elektronische Signaturen (§ 3)

Sind Sie mit der Regelung über anerkannte elektronische Signaturen, namentlich hinsichtlich der Umschreibung der Verwendung der qualifizierten elektronischen Signaturen und der geregelten elektronischen Siegel (ohne Unterschrift) bei Entscheiden und Mitteilungen der Behörden, einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

4. Ersatzformen (§ 4)

4.1 Sind Sie mit der Regelung über die Ersatzformen im elektronischen Verkehr einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

4.2 Haben Sie Bemerkungen zu den Erläuterungen (Vorbemerkungen zu den §§ 3 und 4 und Erläuterungen der beiden Paragraphen)?

☐ Ja

☒ Nein, nämlich:

5. Eingaben in elektronischer Form (§§ 5–7)

Sind Sie mit diesen Bestimmungen zur Zustellplattform für die sichere Eingabe, zum Format der Eingabe, zur Fristwahrung und zur Prüfung der elektronischen Signatur durch die Behörde einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

6. Nachfrist (§ 9)

In dieser Bestimmung wird die Mitteilungspflicht und die Nachfristansetzung durch die Behörde zur erneuten Einreichung (auf elektronischem Weg oder in Papierform) im Falle von technischen Schwierigkeiten geregelt. Absatz 3 konkretisiert § 26 Absatz 3 VRG zur Nachreichung in Papierform. Wird die erneute Eingabe in elektronischer oder Papierform nicht vorgenommen, tritt die Behörde auf das Begehren nicht ein. Sind Sie mit dieser Bestimmung einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

7. Zustimmung zur «elektronischen Eröffnung» von Entscheiden (§ 12)

Die Bestimmung regelt, wie das Einverständnis zu Zustellungen auf elektronischem Weg (§ 28 Abs. 4 VRG) erklärt werden kann. Sind Sie damit einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

8. Zustellung von Entscheiden in elektronischer Form (§ 13)

Die Bestimmung regelt den Ablauf bei der Zustellung auf elektronischem Weg und enthält insbesondere eine Zustellfiktion (Abs. 4). Sind Sie damit einverstanden?

☒ Ja

☐ Nein, nämlich:

9. Haftung (§ 14)

Sind Sie mit dieser Bestimmung über den Haftungsausschluss einverstanden?

☐ Ja

☒ Nein, nämlich: Wir beurteilen es als problematisch, falls die Behörde das Online-Formular (oder gar die Zustellplattform) selber betreibt. In diesem Fall wäre der Haftungsausschluss nicht richtig, da der Behörde unterstellt werden könnte (zu Recht oder zu Unrecht), die Funktionalität risikolos absichtlich einzuschränken, um unliebsame Zustellungen zu verunmöglichen.

Der Haftungsausschluss kann somit nur für den Fall gelten, dass das Online-Formular oder die Plattform von Dritten betrieben wird. Alternativ ist ein Vorbehalt in die Verordnung aufzunehmen (z.B. "Vorbehalten bleibt die Haftung als Betreiber der Zustellplattform oder des Online-Formulars")

III. Verschiedenes

Haben Sie weitere Bemerkungen?

☒ Ja, nämlich: Wir können dem Verordnungsentwurf in dieser Form zustimmen. Wir teilen die Meinung, dass die Auswirkungen vorderhand gering sein werden.

☐ Nein



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern

Telefon 041 228 59 17
www.lu.ch
justiz@lu.ch